

Brüssel, den 16. September 2026
(OR. en)

13163/26

COSI 139
CRIMORG 194
JAI 1144
PARLNAT 169
EP
PARLNAT

VERMERK

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Delegationen
Nr. Vordok.:	12602/26
Betr.:	Bericht an das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente über die Beratungen des Ständigen Ausschusses für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit im Zeitraum Januar 2025 bis Juni 2026

Gemäß Artikel 71 AEUV und Artikel 6 Absatz 2 des Beschlusses 2010/131/EU des Rates zur Einsetzung des Ständigen Ausschusses für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (COSI) wird dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten ein Bericht über die Beratungen des COSI für den Zeitraum Januar 2025 bis Juni 2026 vorgelegt.

**Bericht an das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente über die
Beratungen des Ständigen Ausschusses für die operative Zusammenarbeit im Bereich
der inneren Sicherheit (COSI) im Zeitraum Januar 2025 bis Juni 2026**

Inhalt

1. ZUSAMMENFASSUNG	4
2. QUERSCHNITTSTHEMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER INNEREN SICHERHEIT	6
2.1 Europäische Strategie für die innere Sicherheit	6
2.2 Durchgängige Berücksichtigung der inneren Sicherheit	7
3. SCHWERE UND ORGANISIERTE KRIMINALITÄT	8
3.1 EMPACT	8
3.2 Organisation und Priorisierung der mit der Gruppe „Strafverfolgung“ (Polizei) verbundenen Netze.....	9
3.3 Administrativer Ansatz und spezielle Ermittlungstechniken	9
3.4 Nutzung von Online-Infrastruktur zur Gewaltanwendung im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität.....	10
3.5 Drogenhandel	10
3.6 Verhütung und Bekämpfung der Schleuserkriminalität im digitalen Zeitalter	11
3.7 Menschenhandel.....	11
3.8 „Follow the money“: Finanzermittlungen und Kryptowährungen.....	12
3.9 Illegaler Handel mit Kulturgütern	12
4. BEKÄMPFUNG VON TERRORISMUS UND GEWALTORIENTIERTEM EXTREMISMUS	13

5.	TECHNOLOGIE UND INNOVATION	14
5.1	Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung	14
5.2	Operative Zusammenarbeit zur Abwehr von Bedrohungen durch Drohnen	15
5.3	EU-Innovationszentrum für innere Sicherheit.....	16
6.	INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT.....	17
6.1	Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Ländern.....	17
6.2	Regionaler Dialog über innere Sicherheit mit dem Mittelmeerraum	18
6.3	Zusammenarbeit mit dem Westbalkan, den Vereinigten Staaten und Interpol	18
7.	ZUSAMMENHANG ZWISCHEN ÄUSSERER UND INNERER SICHERHEIT ...	19
7.1	Auswirkungen von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine auf die innere Sicherheit	19
7.2	Auswirkungen der Lage in Syrien auf die innere Sicherheit	19
8.	JI-Agenturen.....	20

1. ZUSAMMENFASSUNG

Der Ständige Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (COSI) wurde auf der Grundlage von Artikel 71 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) 2010 im Rat eingesetzt¹, um die Koordinierung operativer Maßnahmen der für innere Sicherheit zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zu erleichtern, zu fördern und zu verstärken. Unter dem Dreivorsitz Polens, Dänemarks und Zyperns erfüllte der COSI weiterhin sein Mandat als Überwachungs-, Beratungs- und Beschlussfassungsgremium, das sich aus hochrangigen Vertretern aus den EU-Mitgliedstaaten, der Kommission und erforderlichenfalls dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), dem EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung und einschlägigen Agenturen im Bereich Justiz und Inneres (JI) zusammensetzt und Synergien zwischen Polizei, Zoll, Grenzschutz und Justizbehörden sowie anderen einschlägigen Akteuren der inneren Sicherheit schafft. Der COSI spielt eine wichtige Rolle an der Schnittstelle von strategischer und operativer Ebene, um Kohärenz zwischen strategischen Empfehlungen und operativen Maßnahmen sicherzustellen, und trägt zur Umsetzung der strategischen Leitlinien für die gesetzgeberische und operative Programmplanung im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gemäß Artikel 68 AEUV bei, die der Rat am 12. Dezember 2024² gebilligt hat. Der COSI bereitet Fragen der inneren Sicherheit zur Prüfung durch den Rat (Justiz und Inneres) vor und bietet Orientierung für die Arbeit anderer Ratsstrukturen. Der COSI tritt in der Regel zweimal pro Halbjahr zu formellen Sitzungen und einmal pro Halbjahr zu einer informellen Sitzung zusammen; außerdem gibt es eine COSI-Unterstützungsgruppe, die die Beratungen für den COSI vorbereitet und seine Arbeit auf fachlicher Ebene erleichtert.

Im Berichtszeitraum von Januar 2025 bis Juni 2026 befasste sich der COSI vorrangig mit der Zukunft der inneren Sicherheit, unter anderem im Zusammenhang mit folgenden Themen: die von der Kommission vorgeschlagene Europäische Strategie für die innere Sicherheit; das weitere Vorgehen in Bezug auf den Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung auf der Grundlage der Arbeit der Hochrangigen Gruppe für den Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung; andere Herausforderungen, die sich aus technologischen Entwicklungen ergeben, wie die operative Zusammenarbeit zur Abwehr von Bedrohungen durch Drohnen; und die Tätigkeiten des EU-Innovationszentrums für die innere Sicherheit. Der COSI bereitete die Einrichtung des neuen Vierjahreszyklus der Europäischen multidisziplinären Plattform gegen kriminelle Bedrohungen

¹ Dok. 16515/09.

² Dok. 16343/24.

(EMPACT) vor, einschließlich der Ermittlung der Prioritäten der EU für die Kriminalitätsbekämpfung 2026-2029, die mit diesem Mechanismus behandelt werden sollen. Darüber hinaus widmete der COSI der Bekämpfung des Drogenhandels, der Schleuserkriminalität, des Menschenhandels, der Finanzkriminalität und des illegalen Handels mit Kulturgütern besondere Aufmerksamkeit. Der COSI überwachte weiterhin die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Terrorismus, indem er auf der Grundlage der sich wandelnden Bedrohungslage Empfehlungen gebilligt und auf das Thema des nihilistischen Extremismus und der Online-Rekrutierung von Minderjährigen für die Begehung von Gewalttaten aufmerksam gemacht hat. Ein weiterer wichtiger Arbeitsbereich war die Verzahnung von innerer und äußerer Sicherheit, wobei der Schwerpunkt auf den Auswirkungen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und des Konflikts im Nahen Osten auf die innere Sicherheit lag. Im Bereich der internationalen Zusammenarbeit trug der COSI zur Konsolidierung des Dialogs über die Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit zwischen der EU und Lateinamerika bei. Es fand ein zweites Treffen hoher Beamter der EU und des CLASI statt, bei dem Einvernehmen über eine Gemeinsame Erklärung der Ministerinnen und Minister für Inneres der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der für Sicherheit zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten des Lateinamerikanischen Ausschusses für innere Sicherheit (Gemeinsame Erklärung der EU und des CLASI)³ erzielt wurde. Während dieses Dreivorsitzes arbeitete der COSI an der Einrichtung eines regionalen Dialogs mit Partnerländern aus dem Mittelmeerraum mit der Aussicht auf ein erstes Treffen hoher Beamter im Herbst 2026. Zudem überwachte der COSI die Tätigkeiten der JI-Agenturen und ihres Netzwerks und hat dabei zur Schaffung von Synergien, zur Sicherstellung der Kohärenz ihrer Arbeit und zu Überlegungen über die Zukunft der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) beigetragen.

³ Dok. 6403/25.

2. QUERSCHNITTSTHEMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER INNEREN SICHERHEIT

2.1 Europäische Strategie für die innere Sicherheit

Die in Artikel 68 AEUV vorgesehenen und im Dezember 2024 vom Rat gebilligten strategischen Leitlinien sind ein wichtiges Instrument zur Ausgestaltung der EU-Politik im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und zur Schaffung eines Rahmens für die Umsetzung der relevanten Aspekte der Strategischen Agenda 2024-2029 der EU.

Im Mai 2025 führte der COSI einen Gedankenaustausch über „ProtectEU – eine Europäische Strategie für die innere Sicherheit“⁴, eine von der Kommission am 1. April 2025 vorgelegte Mitteilung zur Vorbereitung eines Gedankenaustausch auf der Tagung des Rates (Justiz und Inneres) im Juni 2025. Die von der Kommission ermittelten Prioritäten und Arbeitsbereiche wurden von den Delegationen weitgehend befürwortet. Es wurden Fragen im Zusammenhang mit dem Vorschlag zur Durchführung einer Bedrohungsanalyse durch die Kommission und in Bezug auf die Definition hybrider Bedrohungen gestellt. Eine Stärkung der JI-Agenturen in ihrer unterstützenden Rolle für die Mitgliedstaaten fand allgemeine Unterstützung.⁵

Die Beratungen wurden im September 2025 fortgesetzt und die Delegationen einigten sich darauf, dass dem COSI regelmäßig Berichte der Kommission über die Umsetzung wichtiger Initiativen vorgelegt werden sollten, die erforderlichenfalls über den Bereich Inneres hinausgehen können. Die Delegationen betonten, dass der COSI eine strategische und führende Rolle bei der Ermittlung von Prioritäten und der Entwicklung von Initiativen spielen und sich dabei auf die Erfahrungen der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung auf nationaler Ebene stützen sollte.

Im November 2025 billigte der COSI das weitere Vorgehen im Hinblick auf die Arbeit im Rat zur Umsetzung der Europäischen Strategie für die innere Sicherheit⁶. Der COSI hat der Kommission strategische Leitlinien an die Hand gegeben, um das Konzept der geplanten regelmäßigen Bedrohungsanalyse weiter auszuarbeiten und Überschneidungen mit bestehenden Strukturen oder Produkten zu vermeiden.

Im Mai 2026 stellte die Kommission bereichsübergreifende Sicherheitstendenzen vor, die die ursprünglich geplante regelmäßige Bedrohungsanalyse ersetzen.

⁴ Dok. 7750/25.

⁵ Der polnische Vorsitz hat einen Bericht des Vorsitzes (Dok. 9267/25) erstellt, in dem die Beratungen im Rat und in seinen Vorbereitungsgremien zusammengefasst wurden.

⁶ Dok. 14470/1/25 REV 1.

2.2 Durchgängige Berücksichtigung der inneren Sicherheit

Der COSI wurde regelmäßig über den Stand sowohl innerhalb als auch außerhalb des JI-Bereichs erörterter Gesetzgebungsdossiers mit möglichen Auswirkungen auf die innere Sicherheit unterrichtet. Dazu gehören ein regelmäßiger Überblick über digitale Dossiers mit detaillierten Informationen über einschlägige Gesetzgebungsdossiers, die außerhalb des Bereichs Justiz und Inneres verwaltet werden, einschließlich der Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz und der Verordnung über einen Binnenmarkt für digitale Dienste sowie der Gesetzgebungsvorschläge für eine Digital-Omnibus-Verordnung und eine Verordnung über digitale Netze, sowie eine Tabelle, die die einschlägigen Rechtsvorschriften im Bereich Justiz und Inneres und deren Umsetzungsstand enthält.

Im September 2025 informierte die Kommission über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und dessen Auswirkungen auf den Bereich der inneren Sicherheit. Darüber hinaus sensibilisierten die Delegationen für die Auswirkungen der vorgeschlagenen Verordnung über Drogenausgangsstoffe, des Entwurfs einer Verordnung zur Beschränkung für Blei und seine Verbindungen in Munition für das Schießen im Freien und in Angelgerät aus Umweltgründen, der Verhandlungen über die Verordnung zur Festlegung des **Zollkodex** der Union und zur Einrichtung der Zollbehörde der Europäischen Union sowie der Ausarbeitung des Entwurfs von Leitlinien der Kommission zu Hochrisiko-KI-Systemen im Rahmen der Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz auf die innere Sicherheit.

Der COSI wird die einschlägigen horizontalen Gesetzgebungsdossiers weiterhin beobachten und die Mitgliedstaaten auf potenzielle Auswirkungen auf die innere Sicherheit aufmerksam machen.

3. SCHWERE UND ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

3.1 EMPACT

Der COSI hat weiterhin strategische Leitlinien und die Aufsicht für EMPACT bereitgestellt.

In der informellen Sitzung des COSI im März 2025 in Warschau stellte Europol die Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität in der EU (EU SOCTA) 2025 vor. Die wichtigsten Erkenntnisse deuten darauf hin, dass die organisierte Kriminalität zunimmt, sich schneller als je zuvor anpasst und eine unmittelbare Bedrohung für unsere Gesellschaften darstellt. Das Internet ist zum Hauptschauplatz geworden, wobei kriminelle Aktivitäten durch die künstliche Intelligenz (KI) beschleunigt werden. Onlinebetrug verwandelt sich hinsichtlich des Ausmaßes, der Vielfalt und des Maßes an Raffinesse in eine Epidemie. Aufbauend auf den von Europol dargelegten wichtigsten Bedrohungen nahmen die Delegationen einen Gedankenaustausch über die Ermittlung der EU-Prioritäten zur Kriminalitätsbekämpfung für den EMPACT-Zyklus 2026-2029 auf.

Parallel dazu führten die Delegationen einen Gedankenaustausch über die Zukunft von EMPACT, der auf den Empfehlungen aus der Bewertung des vorangegangenen EMPACT-Zyklus 2021-2025 aufbaute. Anstelle einer Institutionalisierung des Mechanismus zogen es die Mitgliedstaaten vor, EMPACT mittels Schlussfolgerungen des Rates zu stärken. Die Delegationen bekräftigten die Notwendigkeit, EMPACT finanziell zu stärken, auch im Hinblick auf die Verhandlungen über den nächsten MFR.

Im Mai 2025 billigte der COSI den Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Stärkung von EMPACT und zu den Prioritäten der EU für die Kriminalitätsbekämpfung im nächsten EMPACT-Zyklus 2026-2029⁷, der auf der Tagung des Rates (Justiz und Inneres) im Juni 2025⁸ gebilligt wurde. Unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen arbeitete der dänische Vorsitz einen Vorschlag für die Entscheidungsfindung bezüglich der zentralen EMPACT-Akteure aus. Die COSI-Unterstützungsgruppe einigte sich auf eine Änderung des EMPACT-Mandats im Hinblick

⁷ Der Rat legte in seinen Schlussfolgerungen für den nächsten EMPACT-Zyklus die folgenden sieben Prioritäten der EU im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung fest:

1. Identifizierung und Hinderung der gefährlichsten kriminellen Netze und Einzelpersonen;
2. Bekämpfung der am schnellsten zunehmenden Straftaten im Online-Bereich, nämlich Cyberangriffe, sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet und Online-Betrugssysteme;
3. Bekämpfung des Drogenhandels mit einem Schwerpunkt auf der Herstellung, dem Handel und dem Vertrieb von Cannabis, Kokain, Heroin, synthetischen Drogen und neuen psychoaktiven Substanzen;
4. Bekämpfung von Migrantenschleusung und Menschenhandel;
5. Bekämpfung von Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen und Explosivstoffen;
6. Hinderung von an Umweltkriminalität beteiligten kriminellen Netzen;
7. Bekämpfung von Wirtschafts- und Finanzkriminalität wie Mehrwertsteuerbetrug und Missing-Trader-Mehrwertsteuerbetrug, Verbrauchsteuer- und Zollbetrug, Kriminalität im Zusammenhang mit geistigem Eigentum sowie die Nachahmung von Waren und Geldfälschung.

⁸ Dok. 9397/25.

auf die Benennung der und die Einigung über die wichtigsten Akteure und auf einen überarbeiteten EMPACT-Berichterstattungsmechanismus.

Die COSI-Unterstützungsgruppe überwachte regelmäßig die Umsetzung der operativen Aktionspläne (OAPs) der EMPACT, insbesondere der gemeinsamen Aktionstage. Sie befasste sich mit Finanz- und Kommunikationsaspekten im Zusammenhang mit EMPACT und prüfte Synergien zwischen der Gruppe „Strafverfolgung“ (LEWP) – dem Zollaktionsplan und den operativen Aktionsplänen (OAPs) der EMPACT.

Zur Einleitung des neuen EMPACT-Zyklus 2026-2029 einigte sich die COSI-Unterstützungsgruppe vor Beginn des Entwurfs der OAPs auf den von der Kommission ausgearbeiteten allgemeinen mehrjährigen Strategieplan einschließlich der gemeinsamen horizontalen strategischen Ziele. Anschließend schloss die COSI-Unterstützungsgruppe das Verfahren zur Benennung der Hauptverantwortlichen, Mitverantwortlichen und Mitarbeitenden an den 13 OAPs ab und billigte die OAPs 2026-2027.

Im Juni 2026 stellte Europol die wichtigsten Ergebnisse des Berichts „The blueprint of criminal opportunism“ (Das Muster des kriminellen Opportunismus) vor, in dem ein Überblick über die sich wandelnden Bedrohungen in Bezug auf die gefährlichsten kriminellen Netze im Anschluss an eine erste Ausgabe des im Jahr 2024 veröffentlichten Berichts geboten werden. Zudem legte Europol den Entwurf der Anforderungen der Abnehmer zur Vorbereitung des für 2027 vorgesehenen Zwischenberichts über neue, sich wandelnde oder sich abzeichnende Bedrohungen zur Prüfung durch die Delegationen vor.

3.2 Organisation und Priorisierung der mit der Gruppe „Strafverfolgung“ (Polizei) verbundenen Netze

Der COSI billigte im Mai 2026 den Zeitplan für die Arbeit an der Organisation und Priorisierung der mit der Gruppe „Strafverfolgung“ (Polizei) verbundenen Strafverfolgungsnetze. Im Rahmen dieser Aufgabe wird darauf abgezielt, die durch die verbundenen Netze ausgeführten Tätigkeiten zu harmonisieren und deren Governance und Berichterstattung zu verbessern. Unter zyprischem Vorsitz wurde vereinbart, diesen Prozess für den kommenden Dreiervorsitz zu verankern.

3.3 Administrativer Ansatz und spezielle Ermittlungstechniken

Angesichts des geplanten Vorschlags der Kommission zur Überarbeitung des Rahmenbeschlusses 2008/841/JI des Rates vom 24. Oktober 2008 zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität führte der COSI im Mai 2026 einen Gedankenaustausch über die wirksame Bekämpfung der organisierten Kriminalität auf EU-Ebene durch die Anwendung des administrativen Ansatzes und spezieller Ermittlungstechniken. Die Delegationen befürworteten die Stärkung des Schrankenmodells und sprachen sich für die Entwicklung eines auf den nationalen Erfahrungen basierenden Unionsrahmens aus, der den Austausch administrativer Informationen ermöglicht. In Bezug auf spezielle Ermittlungstechniken sprachen sich die Delegationen dafür aus, bestehende Instrumente wie die Europäische Ermittlungsanordnung zu optimieren, anstatt sie durch neue Rechtsvorschriften der Union zu harmonisieren.

3.4 Nutzung von Online-Infrastruktur zur Gewaltanwendung im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität

Auf der informellen Tagung im Juli 2025 in Kopenhagen erörterte der COSI „Gewalt als Dienstleistung“ und insbesondere die Online-Rekrutierung von Minderjährigen für die Begehung von Gewalttaten. Die Delegationen waren sich darin einig, dass „Gewalt als Dienstleistung“ eine zunehmend besorgniserregende Herausforderung darstellt, die im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes angegangen werden sollte, der die Zusammenarbeit mit der Industrie, die Prävention, die Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung und den Austausch von Ermittlungstechniken beinhaltet. Die Umsetzung der Verordnung über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und die Bewertung der Verordnung über terroristischer Online-Inhalte wurden als zu beachtende legislative Elemente genannt.

3.5 Drogenhandel

In Bezug auf Veränderungen und sich abzeichnende Tendenzen auf den Drogenmärkten und Schmuggelrouten bestätigten die Expertinnen und Experten in der informellen Sitzung des COSI im März 2025 in Warschau, dass infolge der Investitionen zur Verbesserung der Resilienz der wichtigsten europäischen Häfen eine Verlagerung auf kleinere Nebenhäfen stattfindet. Die Nachfrage nach Drogen steigt und es entstehen zahlreiche Labore in Europa, sowohl für die Herstellung synthetischer Drogen als auch für die Verarbeitung von Kokain.

Im Februar 2026 führte der COSI einen Gedankenaustausch über die Mitteilungen der Kommission über einen verbesserten Rahmen zur Bekämpfung des Drogenhandels, wobei der Schwerpunkt auf dem Aktionsplan der EU 2026-2030 lag. Die meisten Delegationen begrüßten die vorgeschlagene Drogenstrategie und den Aktionsplan der EU, und einige von ihnen betonten, wie wichtig es ist, den COSI eng einzubeziehen, insbesondere um strategische Leitlinien für die Maßnahmen bereitzustellen, die eine operative Zusammenarbeit erfordern. Im Rahmen des COSI wurde vereinbart, dass der Aktionsplan durch Maßnahmen ergänzt werden sollte, die unter anderem Folgendes betreffen: den Grundsatz „Follow-the-Money“; die maritime Dimension einschließlich der Häfen und die Einbeziehung des Operationszentrums für den Kampf gegen den Drogenhandel im Atlantik (MAOC-N); die Entwicklung von Partnerschaften zwischen öffentlichem Sektor und Privatwirtschaft, z. B. in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Anbietern von Post- und Paketdiensten; die Vertiefung der Zusammenarbeit mit Technologieunternehmen, um Online-Rekrutierungen zu verhindern; den Einsatz von Hochgeschwindigkeitsbooten und (halb-)tauchfähigen Wasserfahrzeugen und die mögliche Übernahme bewährter Verfahren in den Rechtsrahmen auf nationaler Ebene. Einige Delegationen wiesen darauf hin, dass die Rolle der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) bei der Bekämpfung des Drogenhandels einer näheren Betrachtung bedarf.

Im Mai 2026 unterrichtete der Vorsitz die Delegationen über die laufenden Arbeiten im Vorfeld der Billigung von Schlussfolgerungen des Rates zur gemeinsamen Operationalisierung der EU-Drogenstrategie⁹ auf der Tagung des Rates (Justiz und Inneres) im Juni 2026, und erklärte, dass der COSI weiterhin Leitlinien für Fragen der operativen Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Umsetzung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Drogenhandels bereitstellen wird. Portugal machte auf die Arbeit des MAOC-N aufmerksam und auf die Notwendigkeit, für die Organisation eine angemessene Finanzierung aus Unionsmitteln bereit zu stellen, um die Fortsetzung der laufenden Tätigkeiten und die Durchführung geplanter neuer Tätigkeiten sicherzustellen.

3.6 Verhütung und Bekämpfung der Schleuserkriminalität im digitalen Zeitalter

Der COSI führte im Februar 2025 einen Gedankenaustausch über die wichtigsten Herausforderungen bei der Bekämpfung der Schleuserkriminalität im digitalen Zeitalter und prüfte Instrumente und Lösungen, deren Entwicklung oder Weiterentwicklung in diesem Zusammenhang in Betracht gezogen werden könnten. Der polnische Vorsitz stellte die Arbeit der spezialisierten Cyber-Abteilung innerhalb des polnischen Grenzschutzes als Beispiel für eine wirksame nationale Lösung vor, insbesondere zur Nachverfolgung und Beschlagnahmung von Geldern. In den Beratungen verwiesen die Delegationen auf die Notwendigkeit einer Verstärkung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs zwischen den Mitgliedstaaten sowie mit Drittländern und internationalen Organisationen, gegebenenfalls mit der Unterstützung durch Europol; die Weiterentwicklung des Dialogs mit privaten Parteien, auch im Rahmen des EU-Internetforums; die Gewährleistung der wirksamen Umsetzung bestehender Rechtsvorschriften (z. B. der Verordnung über einen Binnenmarkt für digitale Dienste, des Pakets zu elektronischen Beweismitteln); die Bemühungen um eine rasche politische Einigung über die vorgeschlagenen neuen Rechtsvorschriften im Rahmen des Pakets zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität und die bestmögliche Nutzung bestehender Strukturen wie EMPACT, der EU-Meldestelle für Internetinhalte bei Europol und des „DigiNex“-Expertennetzes.

Der zyprische Vorsitz hat den Bereich der Verhütung und Bekämpfung der Schleuserkriminalität in der Gruppe „Strafverfolgung“ (Polizei) aufgegriffen und einen Bericht des Vorsitzes vorgelegt, in dem konkrete operative Empfehlungen an die Strafverfolgungsbehörden dargelegt werden.

3.7 Menschenhandel

In der informellen Sitzung des COSI im März 2025 in Warschau betonten die Delegationen, dass die Bekämpfung des Menschenhandels eine der Prioritäten der EU für die Kriminalitätsbekämpfung im neuen EMPACT-Zyklus sein sollte. Als Beispiel für Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung dieser Art von Kriminalität nannten die Delegationen die Zusammenarbeit mit Online-Plattformen (die die Verpflichtungen aus der Verordnung über einen Binnenmarkt für digitale Dienste umsetzen sollten), der Einsatz von Webcrawlern – auch während der Hackathon-Aktionstage – durch die Strafverfolgungsbehörden zur Aufdeckung und Zerschlagung von Seiten, die

⁹ Dok. 9974/26.

grenzüberschreitende/internationale Zusammenarbeit mit Herkunftsstaaten und die Überwachung der Nutzung legaler Unternehmensstrukturen, die häufig dazu dienen, diese illegalen Aktivitäten zu verschleiern.

Der zyprische Vorsitz hat den Bereich der Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel in der Gruppe „Strafverfolgung“ (Polizei) aufgegriffen und einen Bericht des Vorsitzes vorgelegt, in dem konkrete operative Empfehlungen an die Strafverfolgungsbehörden dargelegt werden.

3.8 „Follow the money“: Finanzermittlungen und Kryptowährungen

In Bezug auf Finanzermittlungen und Kryptowährungen wurde bei den Beratungen auf der informellen Sitzung des COSI im Januar 2026 in Nikosia hervorgehoben, dass die organisierte Kriminalität zunehmend Kryptowerte nutzt und dass bessere Fachkenntnisse für das Aufspüren und das Einfrieren dieser Vermögenswerte erforderlich sind. Als Bereiche für zusätzliche Investitionen wurden weitere Schulungen und ein verbesserter Informationsaustausch in Betracht gezogen. Bei den Beratungen ging es ferner um die strategische Autonomie, wobei einige Delegationen betonten, dass EU-Instrumente zur Rückverfolgung von Kryptowerten und der Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung erforderlich sind. Die Überprüfung des Europol-Mandats wurde als Gelegenheit betrachtet, die unterstützende Funktion der Agentur im Bereich der Finanzkriminalität zu stärken.

3.9 Illegaler Handel mit Kulturgütern

In der informellen Sitzung des COSI im Januar 2026 in Nikosia waren sich die Delegationen über die Schwere dieser Straftat und die Notwendigkeit einig, die Überwachung von Online-Verkäufen zu verstärken und mit Kultureinrichtungen zusammenzuarbeiten. Die Sondierung eines gemeinsamen Transaktionsregisters der EU und die Maximierung der Nutzung bestehender Netze wie CULTNET in Zusammenarbeit mit Europol und Interpol sind Bereiche, in denen weitere Arbeiten erforderlich sind. Der zyprische Vorsitz hat den Bereich des illegalen Handels mit Kulturgütern in der Gruppe „Strafverfolgung“ (Polizei) aufgegriffen und es kam zu einer Einigung über einen Bericht des Vorsitzes¹⁰, in dem konkrete operative Empfehlungen an die Strafverfolgungsbehörden dargelegt werden.

¹⁰ Dok. 9312/26.

4. BEKÄMPFUNG VON TERRORISMUS UND GEWALTORIENTIERTEM EXTREMISMUS

Terrorismus und gewaltorientierter Extremismus stellen nach wie vor eine erhebliche Bedrohung für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten dar. Der COSI bewertet regelmäßig die Herausforderungen durch terroristische Bedrohungen und betrachtet Maßnahmen zu ihrer wirksamen Bekämpfung. Seit 2016 hat der COSI alle sechs Monate Empfehlungen auf der Grundlage der Bedrohungsanalyse der EU im Bereich der Terrorismusbekämpfung gebilligt.

Auf der informellen Sitzung des COSI im Januar 2026 in Nikosia bezeichneten die Delegationen nihilistische extremistische Gewalt als menschenverachtende Angriffe ohne bestimmte Ideologie oder Motivation, abgesehen von der Faszination für Gewalt. Nach Erläuterungen des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung erkannten die Delegationen an, dass nihilistische extremistische Gewalt eine aufkeimende Bedrohung in allen Mitgliedstaaten darstellt. Sowohl die Opfer als auch die Täter sind oft Minderjährige oder junge Menschen, die im digitalen Umfeld operieren. Es handelt sich um ein komplexes und schwer zu kategorisierendes Phänomen. Mit den bestehenden Rechtsinstrumenten und Foren, die sich mit damit befassen, sollte die Zusammenarbeit mit technischen Anbietern weiter unterstützt werden. Die Delegationen betonten ferner die Notwendigkeit eines multidisziplinären Ansatzes mit Präventivmaßnahmen und Sensibilisierungskampagnen, insbesondere bei jungen Menschen.

5. TECHNOLOGIE UND INNOVATION

5.1 Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung

Im Anschluss an die Schlussfolgerungen des Rates vom Dezember 2024 zum Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung¹¹ hat der polnische Vorsitz Maßnahmen vorgeschlagen, die kurzfristig eingeleitet oder in dem Fahrplan, der zu diesem Zeitpunkt noch von der Kommission ausgearbeitet wurde, vorrangig behandelt werden könnten. Ferner hat der polnische Vorsitz Beispiele für Kommunikationstätigkeiten und ein Register nicht erschöpfender Kernbotschaften und Fallbeispiele vorgelegt, die den nationalen Behörden, einschließlich den Strafverfolgungs- und Justizbehörden, der Kommission, dem EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung und den JI-Agenturen bei der Kommunikation über den Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung auf nationaler, EU- oder internationaler Ebene helfen könnten. Die Delegationen begrüßten die Initiative, einige Maßnahmen unverzüglich umzusetzen und ein gemeinsames Narrativ für die Kommunikation über den Zugang zu Daten zu entwickeln. Der COSI ersuchte die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und Europol, relevante Fallbeispiele und Kommunikationsprodukte zu sammeln.

Nachdem die Kommission auf der informellen Sitzung des COSI in Kopenhagen im Juli 2025 den Fahrplan für den rechtmäßigen und wirksamen Zugang zu Daten für Strafverfolgungszwecke vom 24. Juni 2025¹² vorgestellt hatte, begrüßten die Delegationen den Fahrplan weitgehend, wobei einige Mitgliedstaaten jedoch auf ehrgeizigere Zielsetzungen und konkretere Zeitpläne gehofft hatten. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft, der Industrie und der Zivilgesellschaft über den Zugang zu Daten in Kommunikationsdiensten mit Ende-zu-Ende-Verschlüsselung stand die Abwägung zwischen Rechten und der Entwicklung technischer Lösungen nach einem risikobasierten Ansatz im Mittelpunkt. Die Arbeiten zu diesem Thema werden von einer Expertengruppe der Kommission fortgesetzt, die bis 2026 einen Technologiefahrplan für Verschlüsselung entwickeln wird.

Im September 2025 führte der COSI zur Vorbereitung der Tagung des Rates (Justiz und Inneres) im Oktober 2025 einen Gedankenaustausch über Folgemaßnahmen in den Ratsgremien. Die Delegationen hielten den vom dänischen Vorsitz erstellten Überblick für einen geeigneten Rahmen für die Koordinierung, Erörterung und Überwachung der Umsetzung des Fahrplans und anderer Maßnahmen, denen von den Mitgliedstaaten Priorität eingeräumt wird.

¹¹ Dok. 16448/24.

¹² Dok. 10806/25.

Im November 2025 billigte der COSI das weitere Vorgehen in Bezug auf die Arbeit in den Ratsgremien zum Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung¹³ und führte einen Gedankenaustausch über die Aspekte der Normung des Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung. Die Delegationen prüften Lösungen für eine bessere Koordinierung und Priorisierung der Vertretung der Strafverfolgungsbehörden in Normungsorganisationen und ersuchten die Kommission und Europol, die Mitgliedstaaten bei der Weiterentwicklung dieser Lösungen zu unterstützen. Die Delegationen betonten, dass den Mitgliedstaaten im Rahmen des nächsten MFR ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten.

Im Mai 2026 äußerten die COSI-Delegierten ihre Erwartung an die bevorstehenden Beratungen innerhalb der Ratsgremien über die Vorratsdatenspeicherung und den Technologiefahrplan für Verschlüsselung. Zu den weiteren hervorgehobenen Themen gehörten die Notwendigkeit, die Anstrengungen im Bereich der digitalen Forensik zu verstärken, das Engagement bei der Normung zu intensivieren und aktiver über die Herausforderungen zu kommunizieren, mit denen die Strafverfolgung konfrontiert ist.

Im Juni 2026 legte die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) der COSI-Unterstützungsgruppe eine Umfrage über die öffentlichen Wahrnehmung des Zugriffs auf Daten vor, aus der hervorgeht, dass zwischen den Mitgliedstaaten große Unterschiede in der öffentlichen Meinung bestehen, unter anderem hinsichtlich des Vertrauens in die nationalen Behörden. Europol und Eurojust berichteten über veranschaulichende Fallbeispiele, die von ihnen gesammelt wurden und sich auf gescheiterte oder verzögerte Ermittlungen sowie auf Erfolgsgeschichten bezogen. Die COSI-Unterstützungsgruppe betonte, wie wichtig es ist, die Sammlung von Fallbeispielen fortzusetzen. Schweden kündigte an, gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich am 17./18. November 2026 das Zweite Internationale Symposium zum rechtmäßigen Zugang (ISLA) in Stockholm zu organisieren.

5.2 Operative Zusammenarbeit zur Abwehr von Bedrohungen durch Drohnen

Im Mai 2026 begrüßte der COSI den Aktionsplan der Kommission zur Drohnen- und Drohnenabwehrsicherheit und stellte die zunehmende Häufigkeit und Raffinesse des böswilligen Einsatzes von Drohnenaktivitäten fest. Ein verbesserter Informationsaustausch auf EU-Ebene sowie die gemeinsame Auftragsvergabe, Aus- und Weiterbildung, Forschung und Übungen wurden als Schlüsselprioritäten ermittelt. Die Beiträge des COSI flossen in den Bericht der Ad-hoc-Gruppe „Krisenvorsorge, Reaktionsfähigkeit und Resilienz gegenüber künftigen Krisen“ (AHWP Resilience) ein, der dem Ausschuss der Ständigen Vertreter im Juni 2026 vorgelegt wurde.

¹³ Dok. 14472/1/25 REV 1.

5.3 EU-Innovationszentrum für innere Sicherheit

Unter der strategischen Leitung des COSI wurde das EU-Innovationszentrum für innere Sicherheit als kooperatives Netzwerk von Agenturen und Einrichtungen aus dem Bereich Justiz und Inneres eingerichtet, um die Arbeit der Akteure der inneren Sicherheit in der EU und ihren Mitgliedstaaten zu unterstützen, indem Aktualisierungen zu Innovationen sowie wirksame Lösungen bereitgestellt werden. Das Innovationszentrum hielt seine jährliche Veranstaltung, bei der Expertinnen und Experten die Themen strategische Vorausschau, Biometrie, KI, Verschlüsselung und Drohnen erörterten, im November 2025 in Brüssel ab.

Der COSI nahm die Informationen der Lenkungsgruppe des EU-Innovationszentrums für die innere Sicherheit (Halbzeitüberprüfung der Prioritäten, die Arbeitspläne 2025 und 2026 sowie die jährlichen Tätigkeitsberichte 2024 und 2025) zur Kenntnis. Die neue Zusammensetzung der Lenkungsgruppe des Innovationszentrums für den Zeitraum von Juli 2026 bis Dezember 2027 wurde vom COSI gebilligt.

6. INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

6.1 Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Ländern

Während des Dreivorsitzes arbeitete der COSI an der weiteren Stärkung der Partnerschaft mit den lateinamerikanischen Ländern im Bereich der inneren Sicherheit. Der COSI trug zur Vorbereitung der dritten Ministertagung zwischen der EU und dem CLASI, die am Rande der Tagung des Rates (Justiz und Inneres) im März 2025 in Brüssel stattfand, und zur Gemeinsamen Erklärung der EU und des CLASI bei, die erstmals einen Anhang mit einem Fahrplan zur Umsetzung der Prioritäten der operativen Zusammenarbeit enthielt.

Im November 2025 trafen sich die COSI-Delegierten zum zweiten Mal mit ihren lateinamerikanischen Amtskolleginnen und -kollegen im Rahmen eines Treffens hoher Beamter der EU und des CLASI, um Fragen von gemeinsamem Interesse im Zusammenhang mit schwerer und organisierter Kriminalität zu erörtern. Sie berieten darüber, wie die biregionale operative Zusammenarbeit auf der Grundlage von EMPACT und der neuen CLASI-OAPs gestärkt werden kann. Es wurden mehrere Beispiele für eine erfolgreiche operative Zusammenarbeit genannt. Beide Seiten hoben eine enge Abstimmung hinsichtlich der Prioritäten bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Straftaten, insbesondere in Kriminalitätsbereichen wie Menschenhandel, Handel mit Feuerwaffen und Drogenhandel hervor.

Der COSI und der CLASI erörterten die Herausforderungen beim Informationsaustausch zu Strafverfolgungszwecken zwischen den beiden Regionen. Die Delegationen betonten die Bedeutung bestehender bilateraler Programme zur Zusammenarbeit sowie der laufenden Zusammenarbeit mit Europol und Interpol und empfahlen den raschen Abschluss weiterer internationaler Abkommen, die eine Zusammenarbeit zwischen den CLASI-Ländern und Europol ermöglichen. Die bevorstehende Ratifizierung des Vertrags über die Gründung der Police Community of the Americas (Ameripol) wurde als weitere Gelegenheit gesehen, den Informationsaustausch zu erleichtern.

Der COSI und der CLASI führten ferner einen Gedankenaustausch über die Resilienz von Logistiknotenpunkten gegenüber krimineller Unterwanderung und bestätigten die Bedeutung des Informationsaustauschs, der Partnerschaften zwischen öffentlichem Sektor und Privatwirtschaft (wie der Europäischen Hafenallianz) und der Beseitigung von Schwachstellen wie Korruption und der Handel mit chemischen Ausgangsstoffen. Mehrere Delegationen sprachen sich für gemeinsame Risikobewertungen und Schulungsprogramme aus. Gegenseitiges Vertrauen und eine kontinuierliche Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Herausforderungen wie Korruption und der kriminellen Unterwanderung der legalen Wirtschaft wurden als notwendige Elemente zur Stärkung der demokratischen Regierungsführung und Sicherheit in beiden Regionen angesehen.

Der COSI wurde über die interinstitutionellen Treffen zwischen der EU und dem CLASI im Februar 2026 in Santiago de Chile und im Juli 2026 in hybrider Form unterrichtet. Die COSI-Unterstützungsgruppe hat mit der Arbeit an einem neuen Entwurf einer gemeinsamen Ministererklärung der EU und des CLASI zur Vorbereitung der nächsten Ministertagung zwischen der EU und dem CLASI im Dezember 2026 in Brüssel begonnen.

6.2 Regionaler Dialog über innere Sicherheit mit dem Mittelmeerraum

Während des Dreivorsitzes befasste sich der COSI mit der Stärkung der Sicherheitspartnerschaft der EU mit den Mittelmeerländern im Rahmen des neuen Pakts für den Mittelmeerraum. Die Delegationen waren sich über die strategische Bedeutung der Region einig und betonten, dass die operative Zusammenarbeit und der Informationsaustausch in Bereichen wie Migration, Drogenhandel oder Terrorismusbekämpfung verbessert werden müssen. Im Februar 2026 bekräftigten die meisten Delegationen ihre Bereitschaft, mit den Mittelmeerländern einen Dialog über innere Sicherheit aufzunehmen. Sie befürworteten einen schrittweisen Ausbau, beginnend mit einer begrenzten Anzahl an thematischen Prioritäten, aufbauend auf EMPACT, und mit einer begrenzten Anzahl von Partnerländern. Der COSI war sich darin einig, dass der neue Dialog im Einklang mit bestehenden Initiativen, insbesondere dem hochrangigen Dialog über die Zusammenarbeit zwischen der EU und der MENA-Region, stehen sollte. Hinsichtlich der Modalitäten des Dialogs äußerten die Delegationen eine Präferenz für jährliche Treffen auf der Ebene hoher Beamter, die im Idealfall unmittelbar im Anschluss an eine COSI-Sitzung stattfinden sollten. Der Vorsitz des COSI ersuchte die Kommission, eine Bestandsaufnahme der bestehenden einschlägigen Sicherheitsinitiativen in der MENA-Region zu erstellen, die anschließend von der Kommission der COSI-Unterstützungsgruppe vorgelegt wurde.

Der zyprische Vorsitz informierte die Delegationen im Mai 2026 über die laufenden Arbeiten zur Aufnahme eines Dialogs über innere Sicherheit mit den Partnern im südlichen Mittelmeerraum, einschließlich eines ersten Austauschs mit mehreren Ländern in der Region gemeinsam mit der Kommission und dem EAD. Der künftige irische Vorsitz kündigte an, dass das erste Treffen hoher Beamter so geplant werde, dass es unmittelbar im Anschluss an eine Sitzung des COSI im November 2026 stattfinden soll.

6.3 Zusammenarbeit mit dem Westbalkan, den Vereinigten Staaten und Interpol

Der COSI wurde vom Vorsitz über die Vorbereitung und die Ergebnisse der Ministertreffen (Justiz und Inneres) mit den Partnern im Westbalkan und den Vereinigten Staaten von Amerika sowie über die regelmäßigen Treffen (Justiz und Inneres) hoher Beamter mit den Partnern im Westbalkan, den Vereinigten Staaten von Amerika und Interpol unterrichtet. Der COSI wurde von der Kommission über den Stand der Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen zwischen der EU und Interpol auf dem Laufenden gehalten.

7. ZUSAMMENHANG ZWISCHEN ÄUSSERER UND INNERER SICHERHEIT

7.1 Auswirkungen von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine auf die innere Sicherheit

Angesichts des anhaltenden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine führte der COSI einen Gedankenaustausch über Präventivmaßnahmen im Zusammenhang mit der Bedrohung durch den Waffen- und Munitionsschmuggel aus der Ukraine. Auch wenn die EU bislang noch über keine Kenntnisse über ein massives Aufkommen von Feuerwaffen aus der Ukraine verfügt, waren sich die Delegationen dennoch darin einig, dass die Lage kontinuierlich überwacht werden muss, da sie sich in Zukunft ändern könnte. Daher sollten weitere Präventivmaßnahmen in Betracht gezogen werden. Die Delegationen bekräftigten ihre Bereitschaft, bei der Umsetzung der EU-Liste von Maßnahmen zur Bekämpfung der Umlenkung von Feuerwaffen weiterhin eng mit der Ukraine zusammenzuarbeiten.

Im November 2025 schlug Estland eine koordinierte Reaktion auf die Bedrohung der inneren Sicherheit durch ehemalige russische Kombattanten vor.

7.2 Auswirkungen der Lage in Syrien auf die innere Sicherheit

Auf der Grundlage eines vom EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung vorgelegten Aktionsplans hat der COSI im Vorfeld der Tagung des Rates (Justiz und Inneres) im März 2025 die Lage in Syrien und deren Auswirkungen auf die innere Sicherheit der EU bewertet. Die Delegationen waren sich darin einig, dass es notwendig sei, wachsam zu bleiben und vorbereitet zu sein, indem der Informationsaustausch intensiviert, die Grenzkontrollen verstärkt und das Schengener Informationssystem bestmöglich genutzt werden.

8. JI-Agenturen

Im Februar 2025 legte die EU-Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (eu-LISA) dem COSI den Jahresbericht 2024 des Netzwerks der im Bereich Justiz und Inneres tätigen Agenturen vor. Die Prioritäten des Netzwerks für das Jahr 2025 wurden von der FRA vorgestellt. Im Februar 2026 legte die FRA dem COSI den Jahresbericht 2025 des Netzwerks der im Bereich Justiz und Inneres tätigen Agenturen vor. Die Prioritäten des Netzwerks für das Jahr 2026 wurden von der Drogenagentur der EU (EUDA) vorgestellt.

Im Mai 2025 führte der COSI eine strategische Aussprache über die Zukunft von Europol als Beitrag zu den vorbereitenden Arbeiten der Kommission für eine Überprüfung des Mandats der Agentur unter Berücksichtigung der gemeinsamen Erklärung der europäischen Polizeichefs zur künftigen Entwicklung von Europol. Die Delegationen bekräftigten, dass jede operative Maßnahme durch Europol im Einvernehmen mit den Behörden der betreffenden Mitgliedstaaten durchgeführt werden muss und dass die Anwendung von Zwangsmaßnahmen weiterhin in die ausschließliche Zuständigkeit der nationalen Behörden fallen sollte. Die Delegationen wiesen auf Bereiche hin, in denen Europol die Mitgliedstaaten aktiver unterstützen könnte, wie Finanzermittlungen und Vermögensabschöpfung, die Bündelung von Innovation und technologischen Fähigkeiten, die Bereitstellung von Instrumenten für die Strafverfolgung, den Informationsaustausch und die Beziehungen zu privaten Parteien und Drittländern.

Die Beratungen über die Zukunft von Europol wurden im Februar 2026 zur Vorbereitung eines Gedankenaustauschs auf der Tagung des Rates (Justiz und Inneres) im März 2026 fortgesetzt. Der COSI bekräftigte, dass die Rolle von Europol als zentrale Drehscheibe für den Austausch und die Analyse von Informationen gestärkt werden sollte, insbesondere durch die Verbesserung der bestehenden Instrumente von Europol, der Interoperabilität zwischen den Systemen und der Normung. Der COSI bestätigte zudem, dass eine engere Zusammenarbeit von Europol mit sonstigen Stellen und Einrichtungen der EU sowie mit Dritten sichergestellt werden sollte, wobei die jeweiligen Mandate der einzelnen Stellen zu berücksichtigen sind. Die Delegationen waren sich darin einig, wie wichtig es ist, gegen hybride Bedrohungen vorzugehen, äußerten jedoch Vorbehalte hinsichtlich einer Beteiligung von Europol in diesem Bereich und einer möglichen Erweiterung ihres Mandats. Viele Delegationen betonten, dass die Unterstützungstätigkeiten durch Europol in diesem Bereich auf grenzüberschreitende Straftaten beschränkt werden müssten. In Bezug auf die Governance sprachen sich die meisten Delegationen dafür aus, die derzeitigen Verwaltungs- und Leitungsstrukturen von Europol beizubehalten und gleichzeitig die Rolle und die Zuständigkeiten der nationalen Europol-Stellen und der Verbindungsbeamten erforderlichenfalls zu stärken.

Im Mai 2026 nahm der COSI Kenntnis von den wichtigsten Ergebnissen der von der Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) vorgelegten Bewertung des Fortbildungsprogramms für den Bereich Strafverfolgung 2026-2029; der Vorsitzende des Koordinierungsausschusses für den Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (CATS) informierte über die Erörterung der Zusammenarbeit zwischen Europol und Eurojust in der informellen Sitzung dieses Ausschusses im April 2026.
